

## **MERKBLATT „Verwaltungskosten“ bei nicht investiven Vorhaben**

### **Personalkosten**

- projektbezogene Lohn- und Lohnnebenkosten (zum Nachweis sind ggf. Tätigkeitsbeschreibungen, Ausbildungs- und/oder Qualifizierungsnachweise etc. einzureichen);

Der anwendbare Stundensatz ergibt sich aus den zuletzt dokumentierten jährlichen Bruttopersonalkosten dividiert durch 1.720 Stunden (gem. Art. 68, Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1303/2013). Bei der Berechnung sind das im Arbeitsvertrag vereinbarte Arbeitnehmerbrutto (AN-Brutto) sowie der Sozialversicherungsanteil (SAV) des Arbeitsgebers zu berücksichtigen. Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld können nur berücksichtigt werden, sofern dies im Arbeits- oder beim Antragsteller geltenden Tarifvertrag als regelmäßige wiederkehrende Zahlung vereinbart sind. Dies ist nachzuweisen.

$$\text{Stundensatz} = \frac{\text{zuletzt dokumentierte jährliche Bruttopersonalkosten}}{1.720 \text{ Stunden}^1}$$

- Einhaltung des Besserstellungsgebots (gilt für Antragsteller, deren Gesamtausgaben überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden)

Gemäß Nr. 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-EU) darf der Zuwendungsempfänger sich und seine Beschäftigten nicht besser stellen als Landesbedienstete mit entsprechenden Tätigkeiten. Höhere Vergütungen als nach dem TV-L sowie sonstige über- oder außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

### **Sachkosten**

- Projektbezogene Sachgüter und Dienstleistungen, welche durch externe Rechnungen belegt werden können u.a.:

- Reisekosten (z.B. Fahrkarten, Hotel),
- Kosten für Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Faltblätter, Informationsveranstaltungen, Standgebühren, Standaufbau etc.),
- Kosten für externe Experten/Dozenten,

- Zusätzlich können die Sachkosten des Arbeitsplatzes (belegbare interne Sachkosten) gefördert werden.

In Anlehnung an eine Empfehlung des Bundesministeriums für Finanzen<sup>2</sup> werden Sachkosten in Höhe von bis zu 17.650 € jährlich gewährt, wenn diese vorhabenbezo-

<sup>1</sup> ggf. durch den Stellenanteil korrigiert bei Teilzeitmitarbeitern

<sup>2</sup> Die aktuelle Sachkostenpauschale für einen Standardarbeitsplatz beträgt derzeit nach BMF-Rundschreiben vom 14. Mai 2014 (GZ: IIA3-H1012-10/07/0001:009/DOK:2014/0186065 – s. Anlage Pkt. 2) etwa 17.650 Euro pro Jahr und somit 11,03 Euro/Std. [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Bundshaushalt/personalkostensaetze-2013-anl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundshaushalt/personalkostensaetze-2013-anl.pdf?__blob=publicationFile&v=10)

gen kalkuliert und abgerechnet werden können und lt. Richtlinie kein Förderausschluss besteht:

- Miete/Pacht der Arbeits-/Büroräume inkl. umlagefähige Betriebskosten,
- Ausgaben für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände inkl. Software im Bereich der Informationstechnik und für Verwaltungszwecke,
- Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnik,
- Qualifizierung,
- Dienstreisen (Abrechnung entsprechend des Bundesreisegesetzes),
- Erwerb von Fahrzeugen bei Vorhaben nach Nr. A.1.1.

Die Anerkennung erfolgt anteilig entsprechend der eingesetzten Arbeitszeit.

### **Gemeinkosten**

Geschäftsbedarf, Kommunikation, Verbrauchsmaterialien, sonstige Betriebskosten etc. werden im Rahmen der Gemeinkostenpauschale (siehe Nr. 5.4.2) - sofern lt. Richtlinie kein Förderausschluss besteht - in Höhe von 15 % der förderfähigen Personalausgaben gefördert.